

Kriegsdienstverweigerung in der Weimarer Republik¹

GUIDO GRÜNEWALD

Der Gedanke der Kriegsdienstverweigerung war den kontinentaleuropäischen Friedensgesellschaften des 19. Jahrhunderts fremd. Sie speisten sich aus dem Gedankengut der Aufklärung, wurzelten sozial im liberalen Bürgertum, verstanden sich als Bestandteil einer umfassenden Reformbewegung und orientierten sich an fünf grundlegenden Zielsetzungen: „arbitration, arbitration treaties and clauses in treaties, an International Authority or Tribunal or Congress, the codification of International Law, and (simultaneous and proportional) disarmament.“² Daß die Frage der Kriegsdienstverweigerung auf den Weltfriedenskongressen vor 1914 überhaupt behandelt wurde, ist vornehmlich auf den Einfluß protestantischer Nonkonformisten - vor allem der Quäker - in der angelsächsischen Friedensbewegung zurückzuführen, die auf dem Boden unbedingter Gewaltlosigkeit standen.³

Die internationale sozialistische Arbeiterbewegung verstand sich zwar als antimilitaristisch, verortete den Militarismus aber im kapitalistischen System

¹ Dieser Aufsatz erschien ursprünglich in englischer Übersetzung in dem Sammelband *Challenge to Mars: Essays on Pacifism from 1918 to 1945*, hrsg. von Peter Brock und Thomas P. Socknat. Wir danken der University of Toronto Press für die Genehmigung, die deutsche Fassung hier zu verwenden. Für wertvolle Hinweise und die Überlassung von Materialien danke ich Helmut Donat, Bremen und Hans Gressel, München

² A.C.F. Beales, *The History of Peace. A Short Account of the Organized Movements for International Peace*, London 1931, S. 8.

³ Zum radikalen Pazifismus vor 1914 vgl. Peter Brock, *Freedom from War. Nonsectarian Pacifism 1814-1914*, Toronto 1991. Zur Diskussion über Kriegsdienstverweigerung auf den Weltfriedenskongressen vgl. Hans Wehberg, *Das Problem der Kriegsdienstverweigerung auf den Weltfriedenskongressen der Vorkriegszeit*, in: *Friedenswarte* [im folgenden FW] 24, (1924), S. 290-292.

und sah im Sturz dieses Systems die Voraussetzung des Weltfriedens.⁴ Anträge des holländischen Pazifisten und späteren Anarchisten Domela Nieuwenhuis zum allgemeinen Streik und zur militärischen Dienstverweigerung im Falle einer Kriegserklärung wurden auf den Kongressen der II. Internationalen 1891 und 1893 in Brüssel bzw. Zürich ebenso abgelehnt wie der Aufruf des französischen Sozialisten Gustav Hervé zum Militärstreik (Stuttgart 1907) und der 1910 in Kopenhagen von Eduard Vaillant und Keir Hardie (Vorsitzender der Independent Labour Party) geforderte Generalstreik gegen den Krieg.⁵ Vor allem die deutschen Delegierten sprachen sich gegen diese Forderungen aus. Faktisch verfolgte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) das Ziel, mittels einer „Volkswehr“ die Militärpolitik auf die Verteidigungsaufgabe zu beschränken.⁶

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG), in der 1892 nach mehreren vergeblichen Anläufen die deutsche Friedensbewegung ihren organisatorischen Ausdruck fand, stand ganz in der Tradition des völkerrechtlichen Pazifismus.⁷ Bis zum Ersten Weltkrieg blieb in der Deutschen Friedensgesellschaft vor allem der von Alfred Hermann Fried zu einem veritablen Ideengebäude ausgebauten organisatorischen Pazifismus vorherrschend, für den das Recht auf nationale Selbstverteidigung selbstverständlich war. Die deutschen Pazifisten verstanden sich als Patrioten im besten Sinne des Wortes; einseitige Abrüstung und Kriegsdienstverweigerung wurden folgerichtig

⁴ Vgl. die bündige Aussage im Beschluß des 3. Kongresses der II. Internationale 1893 in Zürich: „Der Sturz des Kapitalismus ist der Weltfriede.“ Zit. nach Christoph Butterwegge/Heinz-Gerd Hofschien, *Sozialdemokratie, Krieg und Frieden. Die Stellung der SPD zur Friedensfrage von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine kommentierte Dokumentation*, Heidelberg 1984, S. 46.

⁵ Zu den Anträgen und Vorstellungen von Nieuwenhuis vgl. Gernot Jochheim, *Antimilitaristische Aktionstheorie, Soziale Revolution und Soziale Verteidigung. Zur Entwicklung der Gewaltfreiheitstheorie in der europäischen antimilitaristischen und sozialistischen Bewegung 1890-1940*, unter besonderer Berücksichtigung der Niederlande, Frankfurt/M. 1977, S. 90-92. Die Anträge von Hervé sowie von Vaillant und Hardie sind abgedruckt bei Butterwegge/Hofschien, *Sozialdemokratie* (Anm. 4), S. 70, 82. Wenig aufschlußreich ist leider Ian McLean, Keir Hardie, New York 1975, S. 142.

⁶ Vgl. Karl-Heinz Rambke, *Diesem System keinen Mann und keinen Groschen? Sozialdemokratische Wehrpolitik 1907-1914*, Diss. phil. Würzburg 1983; Wolfram Wetze, *Die deutsche Sozialdemokratie zu Krieg und Frieden. Ein Überblick*, in: ders., *Militarismus und Pazifismus. Auseinandersetzung mit den deutschen Kriegen*, Bremen 1991, S. 11-25.

⁷ Zur DFG vgl. Friedrich-Karl Scheer, *Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1933). Organisation, Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland*, Frankfurt/M. 1981 sowie Guido Grünewald (Hg.), *Nieder Die Waffen! Hundert Jahre Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1992)*, Bremen 1992.

scharf verworfen. Fried nannte den Antimilitarismus den „Pazifismus der Kretins“,⁸ und Otto Umfrid, der zweite Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft und Herausgeber des Vereinsblatts „Friedensblätter“, hielt das „Rezept, das Tolstoi für die äußeren Gefahren in Bereitschaft hat, die sogenannte Nonresistance“, für das Staatenwesen für „unanwendbar“.⁹

In Deutschland gab es während des Ersten Weltkriegs nur einige Hundert Kriegsdienstverweigerer: eine kleine Gruppe von Adventisten sowie bürgerliche Intellektuelle und Linkssozialisten, die allerdings isoliert handelten.¹⁰ Widerstand gegen den Krieg leisteten in größerem Umfang die deutschen Anarcho-Syndikalisten, meist jedoch nicht in Form der Kriegsdienstverweigerung, sondern durch offene antimilitaristische Propaganda und Desertion.¹¹ Große Teile des deutschen Anarcho-Syndikalismus, insbesondere die Berliner Geschäftskommission der Freien Arbeiter Union Deutschlands (FAUD), interpretierten auch nach dem Ersten Weltkrieg das wichtigste anarcho-syndikalistische Kampfmittel, die „direkte Aktion“, im gewaltfreien Sinne.¹² Die deutschen Anarcho-Syndikalisten vertraten einen konsequenten Antimilitarismus; sie lehnten nicht nur den Militärdienst, sondern auch jede Waffenproduktion kategorisch ab.¹³

Der Erste Weltkrieg hatte für den deutschen Pazifismus erhebliche Veränderungen zur Folge. Mit dem Bund Neues Vaterland (ab 1922 Deutsche Liga für Menschenrechte = DLM) entstand 1914 eine Friedensorganisation, die explizit den Zusammenhang von innerem und äußerem Frieden thematisierte und innenpolitisch auf Demokratisierung und soziale Gerechtigkeit

⁸ Äußerung auf dem 16. Weltfriedenskongreß 1907 in München; zit. nach Wehberg, Kriegsdienstverweigerung (Anm. 3), S. 291.

⁹ Otto Umfrid, Warum wir keine Antimilitaristen sind, Friedens-Blätter 10, Eßlingen 1909, S. 38.

¹⁰ Vgl. Marceline Hecquet/Martha Steinitz, Kriegsdienstverweigerung während des Weltkrieges, in: Franz Kobler (Hg.), Gewalt und Gewaltlosigkeit. Handbuch des aktiven Pazifismus, Zürich/Leipzig 1928, S. 259.

¹¹ Ebd., S. 257. Einige Hinweise geben auch Ulrich Klan/Dieter Nelles, „Es lebt noch eine kleine Flamme“. Rheinische Anarcho-Syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus, Grafenau-Döffingen 1990, S. 19. Vgl. dazu auch den Beitrag von Ulrich Bröckling in diesem Band.

¹² Klan/Nelles (Anm. 10), S. 34f. Anders dagegen die rheinisch-bergischen Anarcho-Syndikalisten, die unter bestimmten Umständen (z.B. zur Abwehr des Kapp-Putsches im Rahmen der „Roten Ruhrarmee“) Gewaltanwendung bejahten und auch praktizierten.

¹³ Vgl. die Rede Rudolf Rockers auf der Reichskonferenz der Rüstungsarbeiter im März 1919 in Erfurt, in: Der Syndikalist 1 (1919) Nr. 17 u. 18 sowie die 1921 verabschiedete Resolution der Metallarbeiter-Föderation der FAUD, in: Der Syndikalist 3 (1921) Nr. 4.

drängte.¹⁴ Auch die Deutsche Friedensgesellschaft begann gegen Ende des Krieges die innenpolitische und soziale Dimension des Friedens wahrzunehmen. Gleichzeitig wurde erstmals von einem Teil der deutschen Pazifisten die Bedeutung der Kriegsdienstverweigerung entdeckt. Desillusionierung über das Scheitern des organisatorischen Pazifismus und die Erkenntnis, daß erst die allgemeine Wehrpflicht einen derartigen Massenmord ermöglicht hatte,¹⁵ spielten dabei ebenso eine Rolle wie die Tatsache, daß einige deutsche Pazifisten in englischer Gefangenschaft von der eindrucksvollen Bewegung der englischen Kriegsdienstverweigerer im Krieg erfahren hatten.¹⁶

Nach Kriegsende differenzierte sich die deutsche Friedensbewegung inhaltlich wie organisatorisch. Ende 1921 entstand als lockerer Zusammenschluß zur Koordinierung der pazifistischen Aktivitäten das Deutsche Friedenskartell (DFK), dem 1928 auf seinem Höhepunkt 22 Friedensorganisationen und kulturpolitische Vereinigungen mit maximal 100.000 Mitgliedern angehörten.¹⁷ Insgesamt rückte die deutsche Friedensbewegung in den 20er Jahren deutlich nach links. Neben den völkerrechtlich orientierten Pazifismus der bürgerlichen Honoratioren der Vorkriegszeit, die sich dem politischen Liberalismus verbunden fühlten, trat ein radikaler und teilweise kämpferischer Pazifismus, der bei Intellektuellen, kleinbürgerlichen Schichten und einem Teil der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Anklang fand. Die Anhänger dieser neuen Strömung standen politisch der SPD bzw. linkssozialistischen Gruppierungen nahe und strebten mehrheitlich eine sozialistische Gesellschaftsordnung an, deren konkrete Gestalt jedoch meist verschwommen blieb.

Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung, in der Vorkriegszeit noch tabuisierte Themen, erfuhren eine deutlich veränderte Bewertung. Die Weimarer Friedensbewegung lehnte mit wenigen Ausnahmen - dazu zählten der dem politischen Liberalismus verpflichtete völkerrechtlich orientierte Flügel in der DFG um Ludwig Quidde und Harry Graf Kessler¹⁸ sowie die offiziöse

¹⁴ Zur Geschichte dieser Organisation vgl. Otto Lehmann-Rußbüldt, Der Kampf der Deutschen Liga für Menschenrechte, vormals Bund Neues Vaterland für den Weltfrieden 1914-1927, Berlin 1927 sowie Ernst Gülzow, Der Bund „Neues Vaterland“. Probleme der bürgerlich-pazifistischen Demokratie im Ersten Weltkrieg (1914-1918), Phil. Diss. Berlin/DDR 1969.

¹⁵ Vgl. beispielsweise Siegmund Münz, Gegen die allgemeine Wehrpflicht, in: FW 21 (1919), S. 14f.

¹⁶ Beispielsweise Robert Pohl, der zu den Mitbegründern des Bundes der Kriegsdienstgegner zählte. Vgl. FW 28 (1928), S. 358.

¹⁷ Zum DFK vgl. Reinhold Lütgemeier-Davin, Pazifismus zwischen Kooperation und Konfrontation. Das Deutsche Friedenskartell in der Weimarer Republik, Köln 1982.

¹⁸ Zum Streit über die Wehrpflicht in der DFG vgl. Scheer, Deutsche Friedensgesellschaft (Anm. 7), S. 473-478.

Deutsche Liga für Völkerbund und der Verband für internationale Verständigung - die allgemeine Wehrpflicht ab. Trotz der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages (Aufhebung der Wehrpflicht in Deutschland und Beschränkung der Armee auf 100.000 langdienende Berufssoldaten) war dies keine rein theoretische Diskussion, da die Rechtsparteien auf die Wiedereinführung der Wehrpflicht abzielten, während Teile der SPD an der Idee eines Volksheeres festhielten und die Liberalen das stehende Heer durch eine Miliz ersetzen wollten.

Umstrittener als die Wehrpflicht blieb in der Weimarer Friedensbewegung die Kriegsdienstverweigerung. Für prinzipielle Gewaltlosigkeit und Ablehnung jeden Kriegsdienstes stand der weltanschaulich nicht festgelegte Bund der Kriegsdienstgegner (BdK), der 1919 gegründet wurde und 1921 an der Gründung der War Resisters International (WRI) beteiligt war.¹⁹ Auf dem Boden einer religiös fundierten prinzipiellen Gewaltlosigkeit standen die katholische Großdeutsche Volksgemeinschaft (GVG), die ebenfalls der WRI angehörte,²⁰ und der deutsche Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes (DVB) mit einer hauptsächlich protestantischen Mitgliedschaft.²¹ Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) lehnte seit dem internationalen Kongreß 1924 in Washington ebenfalls jede Art von Krieg und Kriegsvorbereitung ab.²² Frauen der deutschen Sektion traten während der Münchener Räterepublik sowie nach dem Kapp-Putsch - teilweise erfolgreich - in mehreren Städten den Bürgerkriegsparteien offensiv entgegen mit dem Ziel, gewaltsame Auseinandersetzungen zu verhindern.²³ Nach dem

¹⁹ Zum BdK vgl. Guido Grünewald, Friedenssicherung durch radikale Kriegsdienstgegnerschaft: Der Bund der Kriegsdienstgegner (BdK) 1919-1933, in: Karl Holl/Wolfram Wette (Hg.), Pazifismus in der Weimarer Republik, Paderborn 1981, S. 77-90.

²⁰ Eine Geschichte der GVG steht noch aus. Nützliche Informationen vermitteln Dieter Riesenberger, Die katholische Friedensbewegung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1976, S. 77-80, 95-97, 158-181, 244-246 und Franz Henrich, Die Bünde katholischer Jugendbewegung. Ihre Bedeutung für die liturgische und eucharistische Erneuerung, München 1968, S. 23-55.

²¹ Die Geschichte des DVB ist ebenfalls noch nicht geschrieben. Erste Hinweise bei Lilian Stevenson, Towards A Christian International. The Story of the International Fellowship of Reconciliation, 3rd ed. London 1941; Vera Brittain, The Rebel Passion. A Short History of some Pioneer Peace-Makers, London 1964; Hans Gressel, Der Internationale Versöhnungsbund. Ein Modell des christlichen Pazifismus, Uetersen 1993.

²² Wortlaut der in Washington verabschiedeten Grundsätze, in: FW 25 (1925), S. 217. Noch auf dem Züricher Kongreß 1919 war die Frage revolutionärer Gewaltanwendung umstritten gewesen. Vgl. Gertrude Bussey/Margaret Tims, Pioneers for Peace. Women's International League for Peace and Freedom 1915-1965, London 1980, S. 39.

Züricher Gründungskongreß der IFFF im Jahr 1919 richtete die deutsche Sektion eine Kriegsdienstverweigerungskommission ein, deren Aktivität aber offensichtlich peripher blieb.²⁴ Prinzipiell zur Kriegsdienstverweigerung bekannten sich auch (auf der 5. Bundestagung 1926 in Frankfurt/M.) der Deutsche Pazifistische Studentenbund²⁵ und die auf Berlin beschränkte Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden.²⁶ Beide Organisationen waren allerdings nur begrenzt aktionsfähig.

Kriegsdienstverweigerung und Generalstreik im Falle eines drohenden Krieges galten in der Weimarer Friedensbewegung jedoch nicht nur den grundsätzlichen Pazifisten als probate Mittel der Kriegsverhinderung. Beide Methoden wurden wie die Abschaffung des Militärs überhaupt beispielsweise vom antimilitaristischen Friedensbund der Kriegsteilnehmer (FdK) propagiert, der nach Kriegsende die für einige Jahre machtvollen Nie-Wieder-Krieg-Demonstrationen initiierte.²⁷ Die Deutsche Friedensgesellschaft - auch in der Weimarer Periode die größte und aktivste deutsche Friedensorganisation - forderte nach dem Ersten Weltkrieg die Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung als „sittliches Grundrecht“.²⁸ Die dominierende Strömung in der DFG war seit Mitte der 20er Jahre der kämpferische Pazifismus des Westdeutschen Landesverbandes um die von Fritz Küster herausgegebene Zeitung „Das Andere Deutschland“.²⁹ Die kämpferischen Pa-

²³ Völkerversöhnende Frauenarbeit, II. Teil, November 1918-Dezember 1920, Stuttgart 1921, S. 14-17.

²⁴ Die Kommission, die etwa Mitte der 20er Jahre aufgelöst wurde, verbreitete Unterschriftenlisten mit einer Erklärung, in der die Unterzeichnerinnen die Ablehnung jeder Unterstützung künftiger Kriege sowie für den Kriegsfall die Teilnahme an einem allgemeinen internationalen Frauenstreik gelobten. Offenkundig gingen nur wenige Unterschriften ein. (Völkerversöhnende Frauenarbeit. II. Teil, S. 27f.)

²⁵ Wortlaut des neuen Programms, in: FW 27 (1927), S. 90.

²⁶ Vgl. Siegfried Heimann, Die Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden (August Bleier, 1892-1958), in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung 28 (1992), S. 52-62. Dagegen bekannte sich die Deutsche Liga für Menschenrechte nicht zur Kriegsdienstverweigerung, wie Dieter Riesenberger, Die Friedensbewegung in der Weimarer Republik, in: Thomas M. Ruprecht/Christian Jenssen (Hg.), Askulap oder Mars? Ärzte gegen den Krieg, Bremen 1991, S. 208, irrtümlich behauptet.

²⁷ Vgl. Reinhold Lütgemeier-Davin, Basismobilisierung gegen den Krieg: Die Nie-Wieder-Krieg-Bewegung in der Weimarer Republik, in: Holl/Wette (Hg.), Pazifismus (Anm. 19), S. 47-76. Ab 1922 zerfiel der FdK rasch.

²⁸ Vgl. die Programme von 1919, in: FW 26 (1926), S. 330 und von 1929, in: ebd. 29 (1929), S. 380.

²⁹ Vgl. dazu Helmut Donat, Die radikalpazifistische Richtung in der Deutschen Friedensgesellschaft (1918-1933), in: Holl/Wette (Hg.), Pazifismus (Anm. 19), S. 27-45; Einleitung der Herausgeber, in: Das Andere Deutschland. Unabhängige Zeitung für

zifisten riefen zur massenhaften Kriegsdienstverweigerung und zum Generalstreik sowie zur Ablehnung jeder Rüstungsarbeit auf, taten dies aber auf rein pragmatischer Grundlage;³⁰ sie bekannten sich keineswegs grundsätzlich zur Gewaltlosigkeit.³¹ Der eher konservative Friedensbund Deutscher Katholiken (FDK) erkannte auf der Grundlage der Lehre vom gerechten Krieg theoretisch den Verteidigungskrieg als berechtigt an und verwarf die absolute Gewaltlosigkeit.³² Während eine Gruppe katholischer Radikalpazifisten um die GVG, die Großdeutsche Jugend Nikolaus Ehlers und Pater Ohlmeier im FDK die unbedingte Kriegsdienstverweigerung propagierte, sprach sich der Bund auf seiner Tagung 1929 in Frankfurt/M. als Alternative zum gerechten Verteidigungskrieg für die „Ausgestaltung anderer und besserer Verteidigungsmittel“ wie „Generalstreik gegenüber fremder Willkürherrschaft, passiven Widerstand“ sowie für „Kriegsdienstverweigerung in einem ungerechten modernen Krieg als Selbstschutzbewegung der Regierten“ aus.³³

Für eine spezielle Pazifismuskonzeption stand seit 1926 die maßgeblich von Kurt Hiller geprägte Gruppe Revolutionärer Pazifisten (GRP), die auf ihrem Höhepunkt etwa 160 Mitglieder aus der Szene linker Berliner Intellek-

entschiedene republikanische Politik. Eine Auswahl (1925-1933), hg. und eingeleitet von Helmut Donat und Lothar Wieland, Königstein/Ts. 1980, S. XXI-LXVIII.

³⁰ „Eins sei vorweggesagt: Das Problem der Kriegsdienstverweigerung ist eine rein praktische Frage und hat mit theoretischen Erörterungen über ‘Gewaltlosigkeit’, ‘Recht der Notwehr’ usw. nichts zu tun.“ Hein Herbers, *Der Kriegsdienstverweigerungsbazillus*, in: *Das Andere Deutschland* 7 (1927), Nr. 24.

³¹ „Wir wollen uns wehren, gegen die Reaktion, wenn sie einmal gewaltsam auftritt, mit allen Mitteln.“ Heinz Kraschutzki, *Gegen den Kleinkaliber-Unfug*, in: *Das Andere Deutschland* 6 (1926), Nr. 51/52. Später allerdings wurde der Nutzen von Gewaltanwendung bei innenpolitischen Auseinandersetzungen zunehmend skeptisch beurteilt. Vgl. *Wie ist mit dem Bürgerkrieg?*, in: ebd. 11 (1931), Nr. 32. Führende Mitarbeiter des Anderen Deutschland wie der SPD-Reichstagsabgeordnete Heinrich Ströbel traten für eine starke Völkerbundexekutive ein.

³² Vgl. die Richtlinien des FDK von 1924, in: *FW* 24 (1924), S. 347 und in der geänderten Fassung von 1928, in: ebd. 31 (1931), S. 188. Unter Hinweis auf die Zerstörungskraft moderner Kriege hielt der FDK allerdings die Bedingungen für einen gerechten Krieg in der Praxis für kaum erfüllbar. Zum FDK vgl. Dieter Riesenberger, *Die katholische Friedensbewegung* (Anm. 20); Beate Höfling, *Katholische Friedensbewegung zwischen zwei Kriegen. Der „Friedensbund Deutscher Katholiken“ 1917-1933*, Waldkirch 1979; Konrad Breitenborn, *Der Friedensbund Deutscher Katholiken 1918/19-1951*, Berlin/DDR 1981.

³³ Wortlaut der in Frankfurt/M. verabschiedeten „Richtungsgebenden Forderungen“ bei Höfling, *Friedensbewegung* (Anm. 32), S. 139f.

tueller zählte.³⁴ Hiller hatte seit etwa 1910 in den Berliner Kreisen des literarischen Expressionismus eine an Nietzsche orientierte vitalistische Lebensphilosophie vertreten und ein elitäres Konzept der Logokratie (Herrschaft der Geistigen) entwickelt. Nach dem Ersten Weltkrieg gehörte er zu den Exponenten eines radikalen Pazifismus in der Friedensbewegung. Hiller lehnte damals jede Art von Krieg ab, sah den Pazifismus in den beiden Grundsätzen der „Heiligkeit des menschlichen Lebens und der unbedingten Forderung seiner Unverletzlichkeit“ begründet³⁵ und die Aufgabe der Friedensbewegung darin, die Kriegsdienstverweigerung „für den Ernstfall aufs sorgfältigste vorzubereiten, sie im größten Maßstabe, national und international, zu organisieren“.³⁶

Ab Mitte der 20er Jahre verschob sich Hillers Perspektive von der ethisch-psychologischen Sichtweise eines unbedingten Pazifismus auf die machtpolitisch - herrschaftstechnische Ebene. Erst die Durchführung der sozialen Revolution und die Überwindung des Kapitalismus konnte seiner Ansicht nach den Frieden letztlich sichern. Zwar lehnte die GRP neben dem Angriffskrieg auch den Verteidigungs- sowie den Exekutionskrieg des Völkerbundes ab,³⁷ doch betonte Hiller jetzt das Recht des Individuums, freiwillig auf das Recht auf Leben zum Erreichen selbstgesetzter Ideale zu verzichten.³⁸ Obgleich Hiller mit seiner Theorie des revolutionären Pazifismus die Diskussion um Kriegsdienstverweigerung und Gewaltlosigkeit nachhaltig belebte, ist nicht zu übersehen, daß er sich in Widersprüche verwickelte, wenn er bedingte Gewaltanwendung im „roten Bürgerkrieg“ sowie Verteidigungskriege sozialistischer Staaten gegen einen kapitalistischen Angriff billigte.³⁹

³⁴ Vgl. Rolf von Bockel, Kurt Hiller und die Gruppe Revolutionärer Pazifisten (1926-1933). Ein Beitrag zur Geschichte der Friedensbewegung und der Szene linker Intellektueller in der Weimarer Republik, Hamburg 1990.

³⁵ Kurt Hiller, *Linkspazifismus* (Rede auf der Generalversammlung der DFG, Braunschweig, 30. September 1920), in: ders., *Ratioaktiv. Reden 1914-1964*. Ein Buch der Rechenschaft, Wiesbaden 1966, S. 28.

³⁶ Ebd., S. 42.

³⁷ Vgl. die Programme der GRP von 1926, in: *FW* 26 (1926), S. 288 und von 1929, in: ebd. 31 (1931), S. 314.

³⁸ „Der revolutionäre Pazifismus ... geht nicht von der ‘Heiligkeit des Menschenlebens’, sondern von der Unantastbarkeit des Rechtes auf Leben aus. Das ist ein großer Unterschied. Die ‘Heiligkeit des Lebens’ ist unbedingte; das ‘Recht’ auf Leben ist preisgebar, veräußerlich.“ Brief Hillers an Hans Wehberg vom 5.5.1927, zit. nach v. Bockel, Kurt Hiller (Anm. 40), S. 93.

³⁹ Vgl. Kurt Hiller, *Militanter Pazifismus*, in: ders., *Der Sprung ins Helle*. Reden, offene Briefe, Zwiesgespräche, Essays, Thesen, Pamphlete gegen Krieg, Klerus und Kapitalismus, Leipzig 1932, S. 19. Auf der Reichskonferenz des BdK vom 28.-30.3.1929 in Berlin erklärte Hiller: „Das Ziel des revolutionären Pazifismus ist die Gewaltlosig-

Der Bund der Kriegsdienstgegner (BdK), dessen Mitglieder individuell die Grundsatzklärung der War Resisters' International (WRI) unterzeichnen mußten,⁴⁰ lehnte eine derart auf das Endziel beschränkte pazifistische Doktrin entschieden ab. Eine Trennung von Ziel und Mitteln war für die Kriegsdienstgegner nicht akzeptabel. Ihr Grundaxiom war „die Anerkennung der Heiligkeit des menschlichen Lebens“, das sie zum „Grundgesetz der menschlichen Gesellschaft“ machen wollten.⁴¹ Der BdK verwarf daher nicht nur den Verteidigungskrieg und den Sanktionskrieg einer Weltexekutive, sondern ebenso einen „Krieg zur Verteidigung und Befreiung des unterdrückten Proletariats“. Das bedeutete allerdings keine Akzeptanz des gesellschaftlichen Status quo. In Übereinstimmung mit der Erläuterung zur WRI-Grundsatzklärung, die durch eine widersprüchliche Mischung liberaler und anarchistischer Gedanken gekennzeichnet war,⁴² verpflichtete sich der Bund zur aktiven Bekämpfung aller Kriegsursachen, die er vor allem in den Unterschieden der Rassen und Glaubensbekenntnisse, im kapitalistischen Klassegegensatz, im durch Wirtschafts imperialismus geschürten Nationalismus und in einer falschen Auffassung vom Wesen des Staates verortete, die den Staat über den Menschen stellte.

Obwohl die Kriegsdienstgegner den Völkerbund als ineffektiv und undemokratisch kritisierten und den Völkerbundmächten vorwarfen, die Abrüstungsfrage dilatorisch zu behandeln und den Genfer Bund als eine Allianz gegen die Sowjetunion zu pervertieren,⁴³ befürworteten auch sie eine überstaatliche Rechtsorganisation. Es sei keineswegs richtig, daß die Kriegsdienstgegner „das Axiom, Menschenleben zu erhalten“, höher stellten „als die Gerechtigkeit selbst“, schrieb Martha Steinitz, BdK-Mitglied und WRI-Sekretärin, in einer Diskussion über die Schaffung einer Exekutivstreitmacht

keit; aber dieses Ziel wird nicht ohne ein Minimum von Gewalt zu erreichen sein. Der absolute Verzicht auf Gewalt ist ein konterpazifistisches Prinzip.“, in: FW 29 (1929), S. 184. Die kommunistische Fraktion verließ 1929 die GRP, als ihrer Forderung nach Festlegung auf revolutionäre Gewaltanwendung im neuen Programm nicht entsprochen wurde.

⁴⁰ Diese lautet: „Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Wir sind daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und für die Beseitigung aller seiner Ursachen zu kämpfen.“ Vgl. Programm des BdK, in: Friedenswarte 31 (1931), S. 313.

⁴¹ Ebd.

⁴² Darauf hat Wolfram Beyer aufmerksam gemacht. Vgl. ders., Die War Resisters' International, in: ders. (Hg.), Widerstand gegen den Krieg. Beiträge zur Geschichte der War Resisters' International, Kassel 1989, S. 17.

⁴³ Vgl. Helene Stöcker, Bringt Locarno den Frieden, in: Neue Generation [im folgenden NG] 22 (1926), S. 1-7 sowie dies., Genf, in: dies., Verkünder und Verwirklichter. Beiträge zum Gewaltproblem, Berlin-Nikolassee 1928, S. 28-33.

des Völkerbundes, die in der Friedenswarte geführt wurde.⁴⁴ Im Gegensatz zu Tolstoj erkannten die meisten Kriegsdienstgegner ein Recht auf persönliche Notwehr durchaus an.⁴⁵ Ein Sanktionskrieg des Völkerbundes gegen einen internationalen Rechtsbrecher werde aber wie jeder moderne Krieg ohne Unterschied Schuldige wie Unschuldige vernichten und insofern dem Unrecht der Verantwortlichen des Angreiferstaates „neue, erbarmungslose Ungerechtigkeit“ hinzufügen.⁴⁶ Ziel des konsequenten Pazifismus müsse es daher sein, „lebenserhöhende, menschenbeglückende Mittel zum Schutz des Lebens, des Rechtes und der Gerechtigkeit zu finden.“

Der BdK verstand sich ausdrücklich als parteipolitisch und weltanschaulich unabhängig. Im Deutschen Friedenskartell (DFK) zählte er jedoch zum linken Flügel, und die meisten aktiven Mitglieder waren eindeutig antikapitalistisch eingestellt und sympathisierten mit sozialistischen oder anarcho-syndikalistischen Ideen.⁴⁷ Vor diesem Hintergrund kam es wiederholt zu Diskussionen, ob das Postulat der Gewaltfreiheit auch in einem revolutionären Bürgerkrieg absolut aufrechterhalten werden könne. Arnold Kalisch (BdK-Delegierter im DFK und später Schriftleiter der Bundeszeitung „Die Friedensfront“) bejahte diese Frage entschieden, da schließlich auch die Klassenkämpfer „nicht mit Rosenbuketts“ schossen,⁴⁸ der BdK-Mitbegründer Robert Pohl lehnte im Frühjahr 1923 Gewaltanwendung auch zur Abwehr eines nationalistischen Rechtsputsches ab.⁴⁹ Vor allem Helene Stöcker, eine der herausragendsten Persönlichkeiten der deutschen Friedensbewegung nach dem Ersten Weltkrieg und „Theoretikerin“ des BdK,⁵⁰ thematisierte dagegen wiederholt die schmerzliche Diskrepanz „zwischen unserem ethischen Verlangen und der Wirklichkeit“.⁵¹ Stöcker, die auch

⁴⁴ Martha Steinitz, Zur Frage der Ablehnung jeder militärischen Gewaltanwendung, in: FW 25 (1925), S. 138. Positiv zur Völkerbundexekutive u.a. Hellmut von Gerlach, Eine Völkerbundarmee, in: FW 23 (1923), S. 76-78 sowie Hans Wehberg, Die Völkerbundexekution und die Sicherheit Frankreichs, in: FW 24 (1924), S. 309-314.

⁴⁵ Vgl. die systematische Abhandlung von Magnus Schwantje, Das Recht zur Gewaltanwendung, Berlin 1922. Schwantje gehörte zu den Gründern des BdK.

⁴⁶ Helene Stöcker, Völkerbundexekutive, Frankreich und Sicherheit, in: FW 24 (1924), S. 320.

⁴⁷ Vgl. z.B. Hermann Greid, Pazifismus - Sozialismus - Kapitalismus, in: Die Friedensfront 2 (1930), Nr. 12.

⁴⁸ Arnold Kalisch, Bürgerkrieg und Dienstverweigerung, in: FW 26 (1926), S. 143.

⁴⁹ Hans Wehberg, Grundsätzliche Erörterungen zur Politik der deutschen Friedensbewegung, in: FW 27 (1927), S. 164.

⁵⁰ Zu Stöcker vgl. Rolf von Bockel, Philosophin einer „neuen Ethik“: Helene Stöcker (1869-1943), Hamburg 1991 sowie Christl Wickert, Helene Stöcker 1869-1943. Frauenrechtlerin, Sexualreformerin und Pazifistin. Eine Biographie, Bonn 1991.

⁵¹ Helene Stöcker, Klassenkampf und Gewaltlosigkeit. Ein Gespräch, in: Franz Kobler (Hg.), Gewalt (Anm. 10), S. 145.

Mitglied der Gruppe Revolutionärer Pazifisten (GRP) war, aber die im GRP-Programm geforderte „Arbeit für die soziale Revolution“ im Sinne Ferdinand Lasalles als friedliche Umwälzung interpretierte,⁵² konstatierte einen „tragisch-unerlösbaren Charakter der Welt“, der alle zu Mitschuldigen mache, da der auch ihrer Überzeugung nach „notwendige Befreiungskampf gegen die Unterdrücker zunächst fast zwangsläufig zur Zerstörung und Tötung“ führe.⁵³ Obwohl sie in der Konsequenz vor „Pharisäertum“ gegenüber den Klassenkämpfern warnte und dafür plädierte, den inneren Frieden im äußersten Fall dem Ziel der Verhinderung eines neuen Weltkrieges zu opfern,⁵⁴ hielt sie tatsächlich als eine von wenigen Pazifisten später auch gegenüber dem Naziregime am Ideal der Gewaltlosigkeit fest.⁵⁵

Allgemeine Abrüstung (d.h. Abschaffung der Armeen) verbunden mit einer Krieg in jeglicher Gestalt ausschließenden Kriegsächtung⁵⁶ und massenhafter Kriegsdienstverweigerung, falls einzelne Regierungen dennoch zu Friedensbrechern würden, das waren die Instrumente des BdK zur Sicherung des Friedens. Das Militär könne physisch einen Angriff ohnehin nicht mehr verhindern, „sondern immer nur einen Gegenangriff leisten“, argumentierte Arnold Kalisch. Da wirkliche Verteidigung „heutzutage nur im Niemals-Angriff, d.h. in der freiwilligen Waffenlosigkeit“ bestehe,⁵⁷ solle Deutschland die durch Versailles erzwungene Abrüstung als Befreiung betrachten und der Welt ein Beispiel geben.⁵⁸

Unter Kriegsdienstverweigerung verstanden die Kriegsdienstgegner nicht nur die direkte Verweigerung des Militärdienstes, sondern darüber hinaus in einem umfassenden Sinn die Weigerung, Kriegsmaterial und Waffen herzustellen oder zu transportieren, Kriegsanleihen zu zeichnen oder einen Alternativdienst zu leisten, der andere für den Kriegsdienst freimachte. Der letzte Punkt war allerdings umstritten: Einige BdK-Mitglieder forderten einen gesetzlichen Alternativdienst für Kriegsdienstverweigerer,⁵⁹ während die Mehrheit zwar freiwillige Dienste an der Gemeinschaft befürwortete, jeden „kulturwidrigen Dienst aber, besonders jede Zwangsarbeit im Krieg als Er-

⁵² Helene Stöcker, Vom Kampf gegen die Gewalt, NG 22 (1926), S. 247f.

⁵³ Helene Stöcker, Klassenkampf (Anm. 51), S. 145.

⁵⁴ Vgl. Helene Stöcker, Zum vierten Mal in Rußland, in: dies., Verkünder und Verwirklicher, S. 78f.

⁵⁵ von Bockel, Philosophin (Anm. 50), S. 84-86; Wickert, Stöcker (Anm. 50), S. 153.

⁵⁶ Vgl. die Resolution auf der Reichskonferenz am 3.4.1926 in Berlin, in: Der Kriegsdienstgegner, Bulletin No. XII, Enfield, Middlesex, Mai-Juni 1926, S. 12.

⁵⁷ Arnold Kalisch, Die Kriegsdienstgegner: das internationale Volk, in: Ff 3 (1931), Nr. 15.

⁵⁸ Arnold Kalisch, Abrüstung als Beispiel oder als Forderung, in: Ff 2 (1930), S. 19 sowie ders., Kriegsdienstverweigerung und Abrüstung, in: ebd. 4 (1932), S. 6.

⁵⁹ WRI, Bulletin No. II, Enfield, Middlesex, November 1923, S. 3f.

satz für Waffendienst“ ablehnte.⁶⁰ Besonders aktiv bekämpfte der BdK die Wehrpflicht und eine allgemeine Arbeitsdienstpflicht, wie sie von nationalistischer Seite als Äquivalent für die verbotene Wehrpflicht gefordert wurde.⁶¹ Das von bekannten Persönlichkeiten unterzeichnete „Internationale Manifest gegen die Wehrpflicht“, das 1925 von der WRI publiziert wurde, ging auf eine Initiative des BdK zurück.⁶² Als sich 1927 die Schaffung eines Milizsystems als Ziel internationaler Verhandlungen bei den republikanischen Parteien herauskristallisierte, war es wiederum der BdK, der öffentlich und im Deutschen Friedenskartell (DFK) vor der Miliz warnte, da sie die Militarisierung des gesamten Lebens fördere.⁶³ Gegen eine Arbeitsdienstpflicht wandte sich der Bund gemeinsam mit der syndikalistischen Jugend und anderen Organisationen mit der Begründung, sie sei eine schwere Beschränkung der persönlichen Freiheit, ein Attentat auf die Rechte der Arbeiter und das Lohnniveau, führe zu Militarisierung und vergrößere damit die Kriegsgefahr.⁶⁴

Auch wenn Magnus Schwantje Anfang der 20er Jahre auf die mögliche kriegsabschreckende Wirkung einer massenhaften Kriegsdienstverweigerung gehofft hatte,⁶⁵ die führenden BdK-Mitglieder waren sich ungeachtet ihrer teilweise radikalen Rhetorik der begrenzten Wirkungsmöglichkeit der Kriegsdienstverweigerung bewußt. Sie sei „nicht in erster Linie eine Methode, einen schon ausgebrochenen Krieg zu stoppen“, argumentierte Johann Orthmann, sondern „eine geistige Haltung“ und „Symbol des persönlichen Einsatzes im Kampf um den Völkerfrieden.“⁶⁶ Max Barth sah in der Kriegsdienstverweigerung ein Mittel der Kontrolle des Staats durch den Staatsbürger, ein „Druckmittel auf die Regierenden“ und eine „moralische

⁶⁰ Resolution der Reichskonferenz am 29./30.12.1923 in Berlin, in: NG 19 (1923), S. 234.

⁶¹ Vgl. Henning Köhler, Arbeitsdienst in Deutschland. Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht im Jahre 1935, Berlin 1967.

⁶² Internationale Aktion gegen die Wehrpflicht, in: Archives of the League of Nations, Fonds Quidde D II 3 d.

⁶³ Lütgemeier-Davin, Pazifismus (Anm. 17), S. 162f.

⁶⁴ Vgl. die Resolution einer Versammlung in Berlin im Herbst 1924, in: NG 20 (1924), S. 328 sowie Arbeitsdienstpflicht und Arbeitslosigkeit, in: Ff 3 (1931), S. 4.

⁶⁵ Magnus Schwantje, Gewaltanwendung (Anm. 45), S. 12.

⁶⁶ Johann Orthmann, Die Kriegsdienstgegner-Bewegung. Von schlichtem Heldentum, Heide i. Holstein o.J. [1932], S. 26. Orthmann war Mitglied im Reichsausschuß des BdK und Schriftleiter der Deutschen Zukunft, in der seit Oktober 1929 als Beilage Die Friedensfront erschien. Vgl. Helmut Donat, Johann Orthmann (1898-1978), Grenzfriedenshefte, Nr. 2 (1983), S. 90-102 sowie Johann Orthmann, „Sind Kriege notwendig?“ Lebenserinnerungen eines Pazifisten und Schulmanns, Kiel 1995.

Demonstration“.⁶⁷ Dem BdK kam es darauf an, die Individuen zum Kampf gegen den Krieg durch direktes Handeln zu aktivieren. Gegenüber den Teilen der Friedensbewegung, die kritiklos das von Militärspezialisten skizzierte Bild eines künftigen Krieges als Luft- und Giftgaskrieges übernahmen, der von kleinen Eliteverbänden geführt werde,⁶⁸ hielt der Bund zu Recht an der Bedeutung von Massenheeren und damit auch der Kriegsdienstverweigerung im Zukunftskrieg fest.⁶⁹ Zwar weckte die Äußerung Albert Einsteins, die Kriegsdienstverweigerung von zwei Prozent der Einberufenen reiche zur Abschreckung vor Kriegen aus, noch einmal Hoffnungen.⁷⁰ Doch auch wenn sich die Kriegsdienstgegner Gedanken machten, auf welche Weise ein Krieg durch Streik verhindert werden könne,⁷¹ - die nur deklaratorische Festlegung der Gewerkschaften auf einen Generalstreik im Kriegsfall und die ablehnende Haltung der SPD machten deutlich, daß im Ernstfall auf die Arbeitermassen nicht zu zählen war.⁷² Umgekehrt verwiesen die Kriegsdienstgegner zwar mit Stolz auf den gewaltfreien Widerstand Gandhis, vermochten es aber nicht, das Konzept einer gewaltfreien Verteidigung gegen einen möglichen Aggressor zu konkretisieren.

⁶⁷ Max Barth, *Kriegsdienstverweigerung?*, in: NG 22 (1926), S. 335. Barth war Redaktionsmitglied der linkspluralistischen Sonntagszeitung. Vgl. *Mit der Setzmaschine in Opposition*. Auswahl aus Erich Schairers Sonntagszeitung 1920-1933, hg. von Manfred Bosch, Moos/Baden-Baden 1989.

⁶⁸ Vgl. Dieter Riesenberger, *Der Kampf gegen den Gaskrieg*, in: *Lehren aus der Geschichte? Historische Friedensforschung (= Friedensanalysen 23)*, Frankfurt/M. 1990, S. 267.

⁶⁹ Der Militärschriftsteller Ernst Buchfinke schrieb: „Mit Sicherheit wird der Entschluß zum Kriege durch eine Protestbewegung der Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer beantwortet. Jede derartige Bewegung wird mit der größten Schärfe niedergeworfen.“ Ders., *Der Krieg von gestern und morgen*, Langensalza 1930, S. 35; zit. nach Riesenberger, *Kampf* (Anm. 68), S. 268.

⁷⁰ Rede am 14.12.1930 im New Yorker Ritz-Carlton-Hotel. Abgedruckt in: *Einstein on Peace*, ed. by Otto Nathan and Heinz Norden, New York 1960, S. 116-118.

⁷¹ Vgl. u.a. Arnold Kalisch, *Die Kriegsdienstgegner und der nächste Krieg*, in: Ff 1 (1929), Nr. 1 und Heinz Kraschützki, *Generalstreik oder Dienstverweigerung?*, in: FW 30 (1930), S. 207f.

⁷² Die größte Annäherung zwischen Gewerkschaften und Friedensbewegung stellte der gewerkschaftliche Weltfriedenskongreß vom 10.-15.12.1922 im Haag dar. Die konkreten Ergebnisse kommentierte Helene Stöcker allerdings mit großer Enttäuschung, in: *Der Haager Weltfriedenskongreß der Gewerkschaftsinternationale*, in: FW 23 (1923), S. 39-42. Für den BdK gab Armin T. Wegner zusammen mit anderen Mitgliedern der deutschen Friedensbewegung eine Protesterklärung gegen die Resolution der Pazifistischen Kommission ab, in der die Kriegsdienstverweigerung nicht aufgeführt wurde. Kurt Hiller, *Haager Friedenskongreß*, in: ders., *Verwirklichung des Geistes im Staat. Beiträge zu einem System des logokratischen Aktivismus*, Leipzig 1925, S. 242.

Der BdK verstand sich in erster Linie als „Gesinnungsgemeinschaft“ und sah seine Aufgabe darin, den Gedanken der Kriegsdienstverweigerung „in anderen Organisationen zur Diskussion zu stellen und durchzusetzen.“⁷³ In diesem Sinne war der Bund aktiv an jenen Abstimmungen im Kreis Zwickau sowie im Rheinland und in Westfalen beteiligt, bei denen sich etwa 224.000 Menschen durch ihre Unterschrift verpflichteten, „jeder Regierung, die zu den Waffen greift, Kriegsdienst und Arbeit zu verweigern.“⁷⁴ Doch auch wenn der BdK vornehmlich in Kooperation mit anderen Friedensorganisationen aktiv wurde, der geringe Mitgliederbestand - auf dem Höhepunkt 1930 waren es knapp 3.000 Mitglieder, von denen wenig mehr als 100 aktiv waren - wurde als Enttäuschung empfunden. Die hohe Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern im Gefolge der Weltwirtschaftskrise schränkte den Aktionsraum des BdK seit 1929 noch stärker ein.⁷⁵

Die zunehmende Marginalisierung des Bundes und das gleichzeitige Wachstum des extremen Nationalismus führte Anfang der 30er Jahre zu einer grundsätzlichen Infragestellung der bisher verfolgten Strategie. Die Kriegspropaganda sei deshalb so wirkungsvoll, weil sie dem „Abenteuerdrang der Jugendlichen Rechnung“ trage, argumentierte Arnold Kalisch. Aufgabe der Pazifisten sei es daher, der Jugend „das Friedensabenteuer zu schaffen“.⁷⁶ Als Beispiel für eine Aufgabe, die „Hingabe, Opferbereitschaft“ und „das Gefühl persönlichen Einsatzes“ erfordere, priesen die Kriegsdienstgegner jetzt die Einsätze des Internationalen freiwilligen Hilfsdienstes an, den Pierre Ceresole 1920 gegründet hatte.⁷⁷ Der BdK knüpfte damit an die in der WRI verbreitete Vorstellung vom „Friedensheldentum“ an, die das Selbstaufopferungsideal des kriegerischen Helden im Dienst des Vaterlandes

⁷³ Alfred Oehmke, *Zur Reichskonferenz des Bundes der Kriegsdienstgegner*, in: FW 29 (1929), S. 212.

⁷⁴ Zu beiden Aktionen vgl. Lütgemeier-Davin, *Pazifismus* (Anm. 17), S. 240-249. Allerdings sparte die Zwickauer Verpflichtungserklärung den Bürgerkrieg, die in Westdeutschland verwendete den Exekutionskrieg des Völkerbundes aus.

⁷⁵ Laut Jahresbericht 1930 entfalteten nur noch 6 Ortsgruppen Aktivitäten. Auf der Reichskonferenz 1931 waren lediglich 2 Gruppen vertreten. Für eine Rundreise zu den einzelnen Gruppen zwecks Wiederbelebung der Kontakte fehlte das Geld. Vgl. Ff 3 (1931), Nr. 21.

⁷⁶ Else Hartmann, *Arbeitstagung für werktätigen Pazifismus*, in: Ff 4 (1932), Nr. 23. Vgl. auch Arnold Kalisch, *Das Schöne an Krieg und Frieden*, in: Ff 4 (1932), Nr. 10 und Alfred Seligmann, *Friedensbegeisterung!*, in: Ff 4 (1932), Nr. 13.

⁷⁷ Vgl. Daniel Anet, *Pierre Ceresole la passion de la paix*, Neuchâtel 1969; Hélène Monastier/Alice Brügger, *Paix, Pelle et Pioche. Histoire du Service civil international de 1919 à 1965*, o.O. [Schweiz] 1966. Der erste internationale Hilfsdienst in Deutschland fand - noch ohne direkte Anbindung an Ceresoles Organisation - im Oktober 1930 mit 25 Teilnehmern auf dem Bruderhof im Kreis Fulda statt. Vgl. *Die Eiche* 19, München/Berlin/Gotha 1931, S. 118.

in einen lebensbejahenden Heroismus umwandelte.⁷⁸ Im November 1932 veranstaltete der Bund eine Arbeitstagung für werktätigen Pazifismus, auf der eine Hinwendung zu einem zivilen Alternativdienst für Kriegsdienstverweigerer im Sinne Ceresoles deutlich wurde. Im Anschluß an die Tagung wurde eine deutsche Zweigstelle der Internationalen Hilfsdienstvereinigung gegründet, die allerdings bis zum Beginn der Naziherrschaft keine Aktivitäten mehr entfalten konnte.

Die Großdeutsche Volksgemeinschaft (GVG) war ein locker organisierter Kreis um die Zeitschrift „Vom frohen Leben“, die im Oktober 1921 von dem katholischen Priester und Schriftsteller Ernst Thrasolt⁷⁹ gegründet worden war. Die Anhänger der Gruppe - eine formale Mitgliedschaft, einen Mitgliedsbeitrag und eine Satzung gab es nicht - kamen meist aus der 1915 entstandenen Großdeutschen Jugend und anderen katholischen Bänden.⁸⁰ Die GVG verstand sich als Teil der Neulebensbewegung und sah ihre Aufgabe in der umfassend natürlich-christlichen Erneuerung des Volkes. Ziel ihrer Arbeit für „deutsche Lebens- und Volksaufartung“ war der „wesentliche Mensch“, der befreit von „Lebenshemmungen“ wie „Alkohol, Nikotin, Mode, Großstadt“ ein Leben „in naturgemäßer Einfachheit, in Geistigkeit und in Brüderlichkeit“ führte.⁸¹ Der geforderten Hinwendung zur „gesunden, frohen Armut und ihrem Reichtum an wahren Freuden“ entsprach ein Blut- und Boden-Mythos, der allerdings nicht in einer Rassenideologie wurzelte, sondern durch das Streben nach dem Primitiven und Naturgemäßen motiviert war.⁸² Politik war für die GVG die „Fortsetzung des eigenen persönlichen Menschentums in die Gebiete des gesamten öffentlichen Lebens“ mit dem Ziel, „das Reich Gottes auf Erden“ aufzubauen.⁸³ Die GVG bekannte sich zum Proletariat und „seinem Kampf um Menschenrecht und Menschenwürde“; den „unsittlichen Kapitalismus“ und das System des „Mammonismus“ lehnte sie als Gesellschaftsmodell ab.⁸⁴ Unge-

⁷⁸ Vgl. Wolfram Beyer, *Widerstand* (Anm. 42), S. 23ff. Es ist vermutlich kein Zufall, daß die Idee des Friedenheldentums von den Pazifisten parallel zur Remilitarisierung der öffentlichen Meinung in Deutschland ab 1929 betont wurde.

⁷⁹ Zu Ernst Thrasolt, der eigentlich Josef Matthias Tressel hieß, vgl. Walther Otten-dorff-Simrock, *Es geht die Zeit zur Ewigkeit. Eine Begegnung mit Ernst Thrasolt*, Ratingen 1959.

⁸⁰ Für einen ersten Überblick zur Großdeutschen Jugend vgl. Henrich, *Bünde*, S. 23-55.

⁸¹ Christian Imboden [= E. Thrasolt], *Untergang oder Ausstieg?*, in: *Vom frohen Leben* [im folgenden VfL] 2, (1922/23), S. 4.

⁸² Christian Imboden, *Ein dreifacher deutscher Mythos: Scholle, Blut und Nation!*, in: VfL 11 (1931/32), S. 256ff.

⁸³ Gottschalk [= E. Thrasolt], *Reichgottes-Politik*, in: VfL 3 (1923/24), S. 143.

⁸⁴ *Bekennnis zum Proletariat! Revolution?*, in: VfL 9 (1929/30), S. 492.

achtet realistischer sozialpolitischer Einzelforderungen⁸⁵ war das vor allem von Ernst Thrasolt propagierte Alternativmodell der ländlichen Siedlung allerdings zur Lösung der sozialen Probleme nicht geeignet.⁸⁶ Hinter seiner Parole „Zurück zum Natürlichen“ verbarg sich eine Industrie- und Zivilisationsfeindschaft,⁸⁷ die der Komplexität der Industriegesellschaft das verklärte Idealbild einer bäuerlichen Siedlungsgemeinschaft entgegensetzte.⁸⁸

Die GVG begriff sich nicht nur als Gesinnungsgemeinschaft, sondern vor allem als Tatgemeinschaft.⁸⁹ Immer wieder wurden die Leser des *Frohen Lebens* zu Spenden und aktiver Mitarbeit an der „freien christlichen Liebes- und Wohlfahrtstätigkeit“ wie „Kinderfreudearbeit“ (Kindergruppen, Sommerlager, Landverschickung), Gefangenenfürsorge (Betreuung im Gefängnis, Unterstützung nach der Haftentlassung) und Bauhilfswerk (Mithilfe beim Bau von Häusern für die Allgemeinheit) aufgerufen.⁹⁰ Für die GVG war diese sozial-karitative Tätigkeit, die sie mit ihrem geringen Organisationsgrad in bescheidenem Umfang leisten konnte,⁹¹ konkreter Bestandteil ihrer Friedensaufgabe, in deren Zentrum die Kriegsdienstverweigerung stand. Zwar bestritt die GVG weder dem Individuum noch dem Staat das Recht auf Notwehr, doch sah sie die wahre Nachfolge Christi allein im kon-

⁸⁵ U.a. Erhaltung des Achtstundentages, Kostenfreiheit der Schule sowie bei besserer Wirtschaftslage kostenlosen Rechtsschutz und Heilbehandlung. Vgl. Gottschalk, *Reichgottes-Politik* (Anm. 83), S. 145.

⁸⁶ Antaeus [= E. Thrasolt], *Rettung der Wirtschaft? Das Reich siedelt!*, in: VfL 11 (1931/32), S. 349ff.

⁸⁷ *Mörderin Zivilisation*, in: VfL 7 (1927/28), S. 154. Vor allem in der modernen Großstadt sah Thrasolt eine Brutstätte des sittlichen Verfalls.

⁸⁸ „Und immer noch ist Siedlung, Einzelsiedlung wie gemischt bäuerlich-handwerkliche Gemeinschaftssiedlung nicht nur die Möglichkeit zu Lebensexistenz (wohlgeordnet harter, vom Bürokratismus und Fiskalismus sadistisch gepeinigter Lebensexistenz), aber trotzdem höchster menschlicher, völkischer, religiös gottnaher Lebensexistenz.“ C. Imboden, *Ein dreifacher deutscher Mythos* (Anm. 82), S. 258. Vgl. auch Antaeus, *Wesentliches Leben? Bauernleben!*, in: VfL 11 (1931/32), S. 366.

⁸⁹ „Der erste und letzte Sinn und die erste und letzte Aufgabe der GVG und des 'Frohen Lebens' sind nicht Reden und Schreiben, sondern eben Gemeinschaft, helfende, dienende Gemeinschaft!“ Vgl. *Großdeutsche Volksgemeinschaft und 'Vom frohen Leben'*, in: VfL 9 (1929/30), S. 258.

⁹⁰ Vgl. *Veränderungen beim 'Frohen Leben'*, in: VfL 7 (1927/28), S. 475 sowie *'Großdeutsche Volksgemeinschafts-Arbeiten. Helft Mit!*, in: VfL 10 (1930/31), S. 39f.

⁹¹ 1931 hatte die Zeitschrift VfL zwar 4500 feste Abonnenten. Davon waren allerdings 1000 Freiabos; vgl. VfL 11 (1931/32), S. 126, doch beteiligten sich nur wenige Leser regelmäßig an den Aktivitäten der GVG.

sequenten Gewaltverzicht.⁹² Im modernen Krieg, der zum „Allruinmittel“ geworden und „über alle Maßen unsittlich und unchristlich“ sei, bestehe nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zur Kriegsdienstverweigerung.⁹³ Wie der BdK bezog auch die GVG die Kriegsdienstverweigerung umfassend auf jede direkte und indirekte Kriegsunterstützung einschließlich Arbeitsverweigerung und Generalstreik,⁹⁴ gleichermaßen lehnte sie jede Art von Krieg einschließlich Bürgerkrieg und Sanktionskrieg ab.⁹⁵ Allerdings gestand sie dem Völkerbund, den sie scharf kritisierte, aber dennoch als notwendige wenn auch reformbedürftige Institution anerkannte, eine Polizeitruppe zu.⁹⁶ Wirksame Wehrhaftigkeit verkörperte für die GVG allein der vollständige „Gewalt-Wehrver-zicht“ und der passive Widerstand, durch den eine eventuelle Besatzung abgeschüttelt werden könne.⁹⁷

Eine Arbeitsdienstpflicht lehnte die GVG nach anfänglicher Ambivalenz ab.⁹⁸ Sie sprach sich für freiwillige Hilfsdienste aus und rief auch zur Mitarbeit an den internationalen Hilfseinsätzen Ceresoles auf, ohne zur Frage eines gesetzlichen Alternativdienstes für Kriegsdienstverweigerer explizit Stellung zu nehmen.⁹⁹ Die GVG sah die Kriegsdienstverweigerung in der christlichen Tradition (Bergpredigt, Kirche der Märtyrer, Franz von Assisi) verankert. Die KDV widerspreche daher keineswegs der Kirchenlehre, auch wenn die Gesamtkirche noch in die „vollkommene Nachfolge Jesu Christi“ hin-

⁹² „Kriegsdienstverweigerung ist wahrer Glaube.“ Gottschalk, Vom Wesen und Sinn der Kriegsdienstverweigerung, in: VfL 8 (1928/29), S. 465. Vgl. auch ders., Gewalt oder Gewaltlosigkeit?, in: VfL 8 (1928/29), S. 23.

⁹³ Gottschalk, Der Sieg des Pazifismus, in: VfL 2 (1922/23), S. 154-161 sowie ders., Grund- und Leitsätze eines christlich entschiedenen Pazifismus, in: VfL 8 (1928/29), S. 463.

⁹⁴ Vgl. den Text der Erklärung, den die Anhänger der GVG unterzeichneten, in: Der Kriegsdienstgegner, Bulletin No. XXI, September-Oktober 1928, S. 21.

⁹⁵ Vgl. Gottschalk, Gewalt oder Gewaltlosigkeit? (Anm. 92), S. 23.

⁹⁶ Vgl. Gottschalk, Die Wege vom Krieg zum Frieden, in: VfL 10 (1930/31), S. 409 sowie Völkerbund?, in: VfL 12 (1932/33), S. 216.

⁹⁷ Vgl. Gottschalk, Vom Wesen und Sinn der Kriegsdienstverweigerung, S. 465, und die skizzenhafte Aufzählung gewaltfreier Widerstandsmethoden, in: Passiver Widerstand?, in: VfL 2 (1922/23), S. 134f.

⁹⁸ Sah man anfangs in der Arbeitsdienstpflicht noch eine Möglichkeit zur Unabhängigkeit vom Ausland (durch Urbachmachung von Moor und Heide sowie Kohleförderung) und zur Stärkung der Volksgemeinschaft (vgl. Jörg Buchal, Arbeitsdienstgesetz, in: VfL 3, 1923/24, S. 54), so wurde sie bald darauf aus Furcht vor Militarisation abgelehnt. Vgl. Damian Wiroth, Gegen die Arbeitsdienstpflicht, in: VfL 3 (1923/24), S. 264ff. In der Weltwirtschaftskrise befürwortete die GVG einen freiwilligen Arbeitsdienst, sofern er sich von jeder „Wehrhaftigkeit“ fernhalte. Vgl. Freiwilliger Arbeitsdienst?, in: VfL 11 (1931/32), S. 169.

⁹⁹ Taten des Friedens! Ruf an junge Menschen!, in: VfL 9 (1929/30), S. 379.

einwachsen müsse.¹⁰⁰ Der Krieg war für die GVG letztlich ein religiös-sittliches Problem; nur durch „Besinnung auf den ganzen Geist Christi und seiner Bergpredigt“ könne er überwunden werden.¹⁰¹ Als „Kern- und Stoßtrupp“ sah es die GVG als ihre Aufgabe an, im Katholizismus für ihren radikalen Pazifismus zu werben. Ihre Anhänger gehörten zum radikalen Flügel im Friedensbund Deutscher Katholiken. Mit dem BdK und anderen Gruppen schloß sich die GVG 1926 zum Verband radikalpazifistischer Gruppen Deutschlands zusammen, der allerdings kaum Aktivitäten entfaltete.¹⁰² Seit Sommer 1925 rief die GVG, die sich 1928 der WRI anschloß, ihre Anhänger zur Einschreibung in Kriegsdienstverweigerungs-Listen auf.¹⁰³ Die Resonanz blieb gering: bis zum Sommer 1930 trugen sich lediglich 706 Personen ein, darunter 118 Frauen.¹⁰⁴

Im radikalen Pazifismus sah die GVG ein „neues Heldentum“ verkörpert.¹⁰⁵ Wie beim BdK rückte dieser Aspekt auch bei der GVG mit dem Anwachsen der Militarismus Ende der 20er Jahre in den Vordergrund.¹⁰⁶ Ohnehin waren sowohl BdK wie auch GVG durchaus national gesinnt; die Verweigerung des modernen Kriegsdienstes sei „nicht Vaterlandsverrat, sondern Vaterlandsrettung“.¹⁰⁷ Bei der GVG war teilweise ein idealistisch verklärter Nationalismus anzutreffen, der Deutschland eine welthistorische Friedensmission zuschrieb.¹⁰⁸ Ein ähnliches Idealbild besaß die GVG von

¹⁰⁰ Gottschalk, Der Sieg des Pazifismus (Anm. 93), S. 161.

¹⁰¹ Gottschalk, Sieghafter Pazifismus, in: VfL 9 (1929/30), S. 82.

¹⁰² Die programmatische Plattform des Verbandes, der von Kurt Hiller, Helene Stöcker und Ernst Thrasolt geleitet wurde, ist abgedruckt in NG 22 (1926), S. 246f.

¹⁰³ Einschreibung der Kriegsdienstverweigerer, in: VfL 4 (1924/25), S. 202.

¹⁰⁴ Kriegsdienstverweigerer aus Gewissen, in: VfL 9 (1929/30), S. 482. Dennoch seien die Eintragungen „nicht überflüssig“, sondern könnten wichtig werden „als praktische Stütz- und Verbindungspunkte im Falle eines Kriegsausbruchs“. Im Frühjahr 1931 unterzeichneten 944 Katholiken ein neues Gelöbnis für Kriegsdienstverweigerung. Vgl. Der Kriegsdienstgegner, Nr. 28, Frühjahr 1931, S. 7.

¹⁰⁵ Vgl. Gottschalk, Der Sieg des Pazifismus (Anm. 93), S. 161.

¹⁰⁶ Alfons Erb, Vom neuen Heldentum, in: VfL 11 (1931/32), S. 142ff. sowie ders., Erziehung zum Frieden durch positive Zielsetzung, in: VfL 12 (1932/33), S. 131ff. Daß die bloße Umwertung soldatischer Tugenden bisweilen zu einer Übernahme der kritisierten Strukturen führte, zeigt die Forderung nach einer vom Militaristischen gereinigten Marschmusik, da Pazifisten auf die in Militärmärschen enthaltene „große Summe von männlicher Kraft, Frische, Eroberungslust“ nicht verzichten könnten. Vgl. Marschmusik, in: VfL 8 (1928/29), S. 524.

¹⁰⁷ Gottschalk, Grund- u. Leitsätze (Anm. 93), S. 461.

¹⁰⁸ Vgl. Hans Konrad, Die Probe auf den Pazifismus od. Großdeutschlands Geburtsstunde, in: VfL 2 (1922/23), S. 136 sowie Christian Imboden, Ein dreifacher deutscher Mythos (Anm. 82), S. 259 (Der Mythos Volk bzw. Nation als „die Idee eines geistig großen Volkes und geistig gesunden Volkes, die Idee des Volkes als Werkzeug Gottes, als Bauvolk des Friedensreiches Christi in der Menschheit“).

der Demokratie, die sie als Ziel überzeugt anerkannte. Während der BdK auf die republikanischen Parteien setzte und die Dynamik des Nationalsozialismus letztlich unterschätzte,¹⁰⁹ beschimpfte die GVG die Weimarer Republik als „Spottgeburt“, als „Gemisch aus Schlafmützigkeit, Dummheit, Schwäche, Feigheit, Halbheit, Unehrllichkeit“.¹¹⁰ Bei der Reichstagswahl 1928 unterstützte die GVG die radikalpazifistische Christlich-Soziale Reichspartei (CSRP), von der sie sich aber seit 1930 wegen starker Annäherung an die KPD distanzierte.¹¹¹ Als Heilmittel empfahl die GVG eine Übergangsdiktatur, der eine wahre Demokratie mit freien Persönlichkeiten als Volksvertretern anstelle der Parteien folgen sollte.¹¹² Der Ruf nach dem „edlen Diktator“ und der Kampf gegen die Weimarer Parteiendemokratie waren durch Enttäuschung über den ausgebliebenen sozialen Ausbau der Republik motiviert, trugen aber dennoch zur Aushöhlung der Weimarer Demokratie bei. Als der Nationalsozialismus die Macht übernommen hatte, bekannte sich die GVG allerdings mutig zum demokratischen Ideal.¹¹³

Wie die größeren Organisationen der Weimarer Friedensbewegung engagierten sich auch die radikalen Pazifisten für die Völkerverständigung.¹¹⁴ Dem BdK gelang es zwar nicht, mit polnischen Pazifisten in dauerhaften Kontakt zu kommen,¹¹⁵ doch war der Bund bemüht, in der „Friedensfront“ der antipolnischen Hetze entgegenzutreten und dem polnischen Standpunkt

¹⁰⁹ Arnold Kalisch, Vom Anschluß Deutschlands. Eine Wahlbetrachtung, in: Ff 4 (1932), S. Nr. 21. Die Krise in Deutschland betrachtete Kalisch als „Genesungskrise“. Nach der Reichstagswahl 1930 hatte der BdK versucht, mit einer Aufklärungskampagne den Vormarsch der Nazis zu stoppen. Vgl. Ff 2 (1930), Nr. 22.

¹¹⁰ Diktatur?, in: VfL 5 (1925/26), S. 150.

¹¹¹ Zur CSRP vgl. Christlich-Soziale Reichspartei (CSRP) 1920-1933, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), Bd. 1, Leipzig 1983, S. 455-463.

¹¹² Vgl. Kardinal Faulhaber und Faschismus? Diktatur, in: VfL 8 (1928/29), S. 328 sowie Diktatur oder Demokratie?, in: VfL 8 (1928/29), S. 328f.

¹¹³ „Es mag wenig opportun sein, es zu bekennen, aber es sei gesagt: wir waren Demokraten, wir sind Demokraten, wir bleiben Demokraten, nicht nur, weil wir verfassungstreu sind - die Weimarer Verfassung besteht ja wohl noch -, sondern aus grundsätzlicher politischer Überzeugung und Zielsetzung. Demokratie?, in: VfL 12 (1932/33), S. 334.

¹¹⁴ Zur deutsch-polnischen Verständigungsarbeit der Weimarer Friedensbewegung vgl. Höfling, Katholische Friedensbewegung (Anm. 32), S. 211-214; Dieter Riesenberger, The German Peace Movement and its Attitude towards Poland in the 1920s and early 1930s, in: Twentieth-Century Peace Movements. Successes and Failures, ed. by Guido Grünewald and Peter van den Dungen, Lewiston/Queenston/Lampeter 1995, 57-79.

¹¹⁵ Tätigkeitsbericht 1930/31, in: Ff 3 (1931), Nr. 9. Eine im Jahr zuvor zustande gekommene Verbindung mit dem Verband der polnischen pazifistischen Jugendvereine blieb episodisch.

Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.¹¹⁶ Auch die GVG bekämpfte in ihrer Zeitschrift die Hetzpropaganda gegen Polen und versuchte, durch Verbreitung nüchterner Informationen die Grundlage für eine Verständigung zu schaffen.¹¹⁷ Mitglieder der Großdeutschen Jugend sowie Ernst Thrasolt nahmen an verschiedenen deutsch-polnischen Begegnungen teil, die von den Quäkern bzw. dem FDK organisiert wurden.¹¹⁸ Im BdK wurde die Lösung der Grenzfrage im Rahmen eines vereinten Europa favorisiert, um so die Grenzen bei unverändertem Verlauf unsichtbar und gegenstandslos zu machen.¹¹⁹ Demgegenüber war Ernst Thrasolt zur Anerkennung der deutschen Ostgrenze bereit, kritisierte aber gleichzeitig deutlich polnisches Fehlverhalten.¹²⁰ Bund der Kriegsdienstgegner und die Großdeutsche Volksgemeinschaft sprachen sich für die kulturelle Autonomie nationaler Minderheiten aus, wobei die GVG völkische Interessen gewahrt sehen wollte.¹²¹

Neben sozial-karitativen Aktivitäten - vor allem im Rahmen der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost und christlicher Siedlungsgemeinschaften wie in Sannerz und Sonnefeld - war die Arbeit für die Völkerverständigung das Haupttätigkeitsfeld der deutschen Sektion des Internationalen Versöhnungsbundes (DVB), über die hier aus Platzgründen nur sehr kurz berichtet werden kann. Der DVB zählte in der Weimarer Periode vermutlich weniger als 200 Mitglieder und besaß nur einen geringen Organisationsgrad.¹²² Zwar stand der Internationale Versöhnungsbund (IVB) prinzipiell auf dem Boden einer christlich geprägten Gewaltlosigkeit, doch blieb es jedem Mitglied überlassen, ob es für sich die Konsequenz der Kriegsdienstverweigerung

¹¹⁶ Vgl. u.a. Carl Mertens, Schluß mit der Korridorhetze, in: Ff 2 (1930), Nr. 13 sowie Alfred Falk, Gerechtigkeit gegenüber Polen, in: Ff 2 (1930), Nr. 18.

¹¹⁷ Vgl. u.a. Oberschlesienabstimmung und Teilung, in: VfL 8 (1928/29), S. 398f. sowie Die antipolnische Greuelpropaganda. Wie sie lügen und hetzen, in: VfL 10 (1930/31), S. 224-227.

¹¹⁸ So an den deutsch-polnischen Begegnungen im Februar 1926 und in der Osterwoche 1927 in Warschau sowie an der ersten katholischen deutsch-polnischen Konferenz im Mai 1929 in Berlin.

¹¹⁹ Georg Risse, Ost-Locarno, in: Ff 2 (1930), Nr. 13.

¹²⁰ Garantie-Verträge, in: VfL 8 (1928/29), S. 517f. Der deutsch-polnische Komplex: Kriegs-Höchstgefahrenzone, in: VfL 20 (1930/31), S. 389f.; Piaristen-Manöver in Polen, in: VfL 12 (1932/33), S. 116f.

¹²¹ Vgl. Arnold Kalisch, Pazifisten und nationale Minderheit, in: Ff 1 (1929), Nr. 3; Völkische Minderheiten?, in: VfL 8 (1928/29), S. 521. Gebietsangliederungen sollten nach „dem Gesichtspunkt der völkischen Mehrheit geschehen“ Vgl. Nationale Mehrheiten und Minderheiten, in: VfL 8 (1928/29), S. 329.

¹²² Lütgemeier-Davin, Pazifismus (Anm. 17), S. 51; Eberhard Röhm, Sterben für den Frieden. Spurensicherung: Hermann Stöhr (1898-1940) und die ökumenische Friedensbewegung, Stuttgart 1985, S. 36.

zog.¹²³ In der deutschen Sektion, die vor allem unter dem Einfluß Friedrich Siegmund-Schultzes - Mitgründer des IVB und Präsident des DVB - betont national dachte, blieben die Meinungen geteilt.¹²⁴ Siegmund-Schultze verstand damals die Kriegsdienstverweigerung als prophetisches Handeln einzelner, besonders berufener Menschen und lehnte daher eine offene Propagierung der Kriegsdienstverweigerung ab.¹²⁵ Demgegenüber war der 1940 wegen Kriegsdienstverweigerung hingerichtete Hermann Stöhr bemüht, den Kriegsdienstverweigerungs-Gedanken stärker in den Vordergrund zu stellen.¹²⁶

Ungeachtet harter Kritik am Versailler Vertrag und der französischen Rüstungspolitik bemühte sich der DVB vor allem um eine Verständigung mit Frankreich. Schwerpunktartig in den Jahren 1923-25 fanden deutsch-französische Begegnungen, gegenseitige Besuche und Vortragsreisen sowie gemeinsame Wanderungen statt, die vom IVB teilweise unterstützend begleitet wurden.¹²⁷ Bescheidenes Ziel dieser Versöhnungsarbeit war zunächst einmal die Schaffung einer soliden gegenseitigen Informationsbasis, zumal dem DVB bewußt war, daß er als kleine Gruppe nur geringen Einfluß hatte. Im Zusammenhang mit der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes rückte die deutsch-französische Frage 1932 noch einmal in den Vordergrund.¹²⁸ Während der überwiegend protestantisch geprägte DVB für die deutsch-französische Versöhnungsarbeit in der französischen Sektion des IVB einen rührigen Partner fand, fehlte ein derartiger Kontakt in Polen. Die Bemühungen des Versöhnungsbundes um eine Verständigung mit Polen ab der zweiten Hälfte der 20er Jahre wurden daher vor allem von dem katholischen Theologen Prof. Hermann Hoffmann getragen, der vom IVB mit der Frie-

¹²³ Stevenson, *Towards an Christian International* (Anm. 21), S.

¹²⁴ Zu Siegmund-Schultze vgl. Hans Gressel, *Für eine solidarische Kirche der Zukunft. Friedrich Siegmund-Schultze - Mitbegründer der Ökumene und Pionier der Friedensbewegung*, in: *Junge Kirche* 8/9 und 10 (1985); Friedrich Siegmund-Schultze, *Friedenskirche, Kaffeeklapppe und die ökumenische Vision. Texte 1910-1969*, München 1990; Stefan Grotefeld, *Friedrich Siegmund-Schultze. Ein deutscher Ökumeniker und christlicher Pazifist*, Gütersloh 1995.

¹²⁵ Vgl. Grotefeld (Anm. 124), 83f. „Um die Sache rein zu halten“, forderte Siegmund-Schultze einen zivilen Alternativdienst, der länger als der Militärdienst dauern und gefährlich (Dienst im Seuchenlazarett oder bei Explosionsgefahr) sein sollte. Vgl. Siegmund-Schultze, *Zivildienst*, in: *Die Eiche* 13 (1925), S. 35. Nach 1945 setzte sich Siegmund-Schultze offensiv für die Kriegsdienstverweigerung ein.

¹²⁶ Zu Stöhr, der 1923-25 Hilfssekretär beim DVB war, vgl. Röhm, *Sterben für den Frieden* (Anm. 122).

¹²⁷ Vgl. die Bericht in: *Die Eiche* 11 (1923) - 14 (1926).

¹²⁸ Bericht über die Jahresversammlung des DVB vom 26.-30.8.1932 in Falkenburg b. Herrenalb, in: *Die Eiche* 20 (1932), S. 374f.

densarbeit in katholischen Ländern beauftragt worden war.¹²⁹ Teilweise gemeinsam mit dem IVB-Sekretär Kaspar Mayr¹³⁰ knüpfte Hoffmann auf zahlreichen Vortragsreisen in Polen Kontakte zu katholischen Friedenskreisen und half so die katholischen deutsch-polnischen Konferenzen 1929 in Berlin sowie 1931 in Köln - diese Tagung wurde vom IVB mitorganisiert - vorzubereiten. Hoffmann und Mayr zählten zu den Hauptreferenten des internationalen Jugendlagers, das der IVB im August 1930 in Sromowce östlich der Tatra durchführte und an dem hauptsächlich junge Deutsche und Polen teilnahmen.¹³¹ 1932 unternahm Hoffmann mit Mayr nochmals eine letzte Friedensfahrt nach Polen.

Die Kriegsdienstgegner befanden sich am Ende der Weimarer Republik in einer wenig beneidenswerten Lage. Zwar war es ihnen gelungen, den der deutschen politischen Kultur so fremden Gedanken der Kriegsdienstverweigerung in die öffentliche Diskussion zu bringen und ihn in Teilen der traditionellen Friedensbewegung - vor allem der DFG als größter deutscher Friedensorganisation - zu verbreiten. Tatsächlich waren die radikalen Pazifisten zu diesem Zeitpunkt aber marginalisiert. Die Wirtschaftskrise hatte die hauptsächlich aus der Arbeiterschaft und dem Kleinbürgertum stammenden Mitglieder der radikalpazifistischen Organisationen besonders hart getroffen und ihren Handlungsspielraum auf ein Minimum reduziert. Gegen die diffamierenden Angriffe des Reichswehrministeriums und die Attacken der Nationalsozialisten konnten sich die Kriegsdienstgegner öffentlich kaum noch wehren.¹³² Bei realistischer Betrachtung mußten sie sich eingestehen,

¹²⁹ Vgl. Hermann Hoffmann, *Im Dienste des Friedens. Lebenserinnerungen eines katholischen Europäers*, Stuttgart/Aalen 1970, S. 188-241. In seinem Buch „Die Kirche und der Friede. Von der Friedenskirche zur Friedenswelt“, Wien/Leipzig 1933, S. 120, bezeichnete Hoffmann die Kriegsdienstverweigerung als zwingende Konsequenz aus der Einsicht, daß „heute ein gerechter Krieg nicht mehr möglich“ sei.

¹³⁰ Der IVB verbreitete 1931 eine Broschüre von Mayr mit dem Titel „Ist eine Verständigung zwischen Polen und Deutschland unmöglich?“. Von Februar 1931 bis Mai 1933 gab Mayr im Auftrag des IVB eine „Polnisch-Deutsche Korrespondenz“ heraus, die anschließend noch einige Male unter dem Namen „Die Brücke“ erschien.

¹³¹ Bericht in: *Die Eiche* 19 (1931), S. 114f.

¹³² Im Winter 1931 veröffentlichte das Reichswehrministerium Leitgedanken, in denen es hieß: „Dem Kriegsdienstverweigerer gebührt ebenso wie dem Landesverräter die Feindschaft und Verachtung jedes Deutschen.“ Vgl.: *Das Reichswehrministerium beschimpft Kriegsdienstverweigerer und Pazifisten*, in: *VfL* 11 (1931/32), S. 209. Eine von 52 Personen aus der katholischen Friedensbewegung unterzeichnete Protestklärung veröffentlichte das *Frohe Leben* ohne Nennung der Unterzeichner, um sie nicht „dem Terror der Nationalsozialisten und der Aufmerksamkeit bestimmter Mächte zu überliefern.“ Vgl.: *Katholischer Protest gegen das deutsche Reichswehrministerium*, in: *VfL* 12 (1932/33), S. 16. Die NSDAP brachte 1931 im Reichstag einen Gesetzentwurf ein, in dem die Todesstrafe für Kriegsdienstverweigerer gefordert wurde. Vgl.: *Blut- und Zuchthaus-Kodex Hitler!*, in: *VfL* 11 (1931/32), S. 248.

daß Heinrich Ströbel mit seiner Einschätzung, durch Kriegsdienstverweigerung lasse sich der Weltfriede nicht sichern, richtig gelegen hatte.¹³³ Ironischerweise war die Idee der Kriegsdienstverweigerung mitverantwortlich für den Bruch zwischen den pazifistischen und den wehrbereiten Kräften in den republikanischen Parteien und Organisationen, da sie in ihrer Radikalität die Brüchigkeit der republikanischen Wehrkonzeption offen legte. Für die dadurch hervorgerufene weitere Schwächung der Abwehrfront gegen den Nationalsozialismus sind die Kriegsdienstgegner allerdings nicht verantwortlich zu machen.

¹³³ Ströbel hatte in einer Antwort auf eine Anfrage Arnold Kalischs geschrieben: „Wenn der Krieg erst ausbricht, wird die Kriegspsychose mit Hilfe des Rundfunks und des Kinos so wirksam verbreitet werden, daß die Kriegsdienstverweigerer eine bedeutungslose Minderheit bleiben werden, gerade in den kriegerischsten Staaten.“ Vgl. ders., Die Schwere unserer Aufgabe, in: Ff3 (1931), Nr. 10. Zu Ströbels sozialistischem Pazifismus vgl. Lothar Wieland, Heinrich Ströbel (1869-1944). Entwurf einer deutschen Friedenspolitik in der Zwischenkriegszeit, in: *Wider den Krieg. Große Pazifisten von Kant bis Böll*, hg. von Christiane Rajewski und Dieter Riesenberger, München 1987, S. 139-146.

Widerstand und Verständigungsbereitschaft

Eine pazifistische Alternative zur Diplomatie im Ruhrkampf 1923 und ihre Bedeutung

BARBARA MÜLLER

Deutschland im Sommer 1923: Eine galoppierende Inflation erschwerte die Versorgung der Bevölkerung immer mehr, während die Regierung untätig und handlungsunfähig schien. Im besetzten und vollständig abgeriegelten Ruhr- und Rheingebiet kam das wirtschaftliche Leben zum Erliegen - das industrielle Herz des Reiches wurde zum „Subventionsgrab“. Die politische Radikalisierung im Reich selbst war so weit fortgeschritten, daß der Bestand der Republik gefährdet schien.¹ In dieser Situation vermerkte der Bericht des Deutschen Versöhnungsbundes zur Friedensarbeit:

„Angesichts der wirtschaftlichen, der inner- und außerpolitischen Verhältnisse, welche die Entwicklung in Deutschland gegenwärtig bestimmen, ist es unmöglich, etwas über den Stand der Friedensarbeit in Deutschland zu sagen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß ein Volk, das um seine Existenz kämpft, wie gegenwärtig das unsere, nicht auf seine pazifistische Gesinnung hin untersucht werden kann. Aber man sollte doch einmal die Frage aufwerfen, ob ein Volk, das während eines halben Jahres unter großen Entbehrungen einen passiven Widerstand (sic!) leistet, in welchem Verhältnis-

¹ Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Cuno. 22. November 1922 bis 12. August 1923, bearbeitet von Karl-Heinz Harbeck, Boppard 1968 (AdRk Cuno), S. XLI-XLIII; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Stresemann I u. II. 13. August bis 6. Oktober 1923. 6. Oktober bis 30. November 1923. Bd. 1, bearbeitet von Karl Dietrich Erdmann und Martin Vogt, Boppard 1978 (AdRk Str.1), S. XXIVf.

Jahrbuch für Historische Friedensforschung

5. Jahrgang 1996

Für den Arbeitskreis Historische Friedensforschung
herausgegeben von

Gottfried Niedhart

in Verbindung mit Detlef Bald,
Jost Dülffer, Andreas Gestrich,
Karl Holl, Arnold Sywottek
und Wolfram Wette

LIT

Andreas Gestrich/Gottfried Niedhart/Bernd Ulrich (Hrsg.)

Gewaltfreiheit

Pazifistische Konzepte im
19. und 20. Jahrhundert

LIT

Umschlagbild: "... never ceasing effort to remove its barrier shall we make... for PEACE" von U. G. Sato (1978),
 aus: D. J. R. Bruckner/Seymour Chwast/Steven Heller,
 Kunst gegen den Krieg. 400 Jahre Protest in der Kunst,
 Basel/Boston/Stuttgart 1984, S. 121.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Gewaltfreiheit : Pazifistische Konzepte im 19. und 20. Jahrhundert /
 Andreas Gestrich/Gottfried Niedhart/Bernd Ulrich (Hrsg.) .
 – Münster : LIT, 1996
 (Jahrbuch für Historische Friedensforschung ; 5.)
 ISBN 3-8258-2877-8

NE: GT

© LIT VERLAG

Dieckstr. 73 48145 Münster Tel. 0251–23 50 91 Fax 0251–23 19 72

Inhaltsverzeichnis

Karl Holl zum 65. Geburtstag	1
Vorwort	3
Gewaltfreiheit	
ANDREAS GESTRICH / BERND ULRICH Einleitung	7
KARL HOLL Pazifismus und Gewaltfreiheit Anspruch und Wirklichkeit in der Geschichte	15
BEDRICH LOEWENSTEIN Über Gewalt und Gewaltvermeidung Einige Überlegungen	26
ULRICH BRÖCKLING Zwischen "Krieg dem Krieg!" und "Widerstebet dem Übel nicht mit Gewalt!" Anarchistischer Antimilitarismus im Deutschen Kaiserreich vor 1914	39
WOLFGANG KRUSE Der Antikriegsstreik in der internationalen Arbeiterbewegung	60
GUIDO GRÜNEWALD Kriegsdienstverweigerung in der Weimarer Republik	80
BARBARA MÜLLER Widerstand und Verständigungsbereitschaft Eine pazifistische Alternative zur Diplomatie im Ruhrkampf 1923 und ihre Bedeutung	103
JEFFREY VERHEY George Orwells Kritik an einem idealistischen (fundamentalistischen) Pazifismus	120